

Bürgerstiftung soll die Stadt bereichern

Gansel will private Spender motivieren

Die „Spontaneität“ war durchaus geplant. Beim Kieler-Woche-Empfang für Bundespräsident Johannes Rau und einige hundert geladene Gäste ließ Oberbürgermeister Norbert Gansel scheinbar beiläufig ein Wort fallen, das seit rund zwei Jahren in der ersten Rathaus-Etage die Runde macht: Eine „Bürgerstiftung Kiel“ soll gegründet werden. Ihr Ziel: Private Gelder zielgerichtet einzusetzen, damit „unsere Stadt schöner wird, kulturell reicher, geschichtsbewusster“. Gansels Bedingung: Jeder Geldgeber muss entscheiden dürfen, wofür seine Mittel verwendet werden.

Die Formulierung dieser Vorgabe treibt den OB seit längerem um. Das Konzept, das eine von ihm eingesetzte Arbeitsgruppe nach zwei Jahren vorlegte, schien Gansel „zu sehr auf den sozialen Bereich“ zugeschnitten. „Das Ziel der Stiftung darf nicht sein, Löcher zu stopfen, die im Haushalt durch Sparmaßnahmen oder weniger Steuereinnahmen entstanden sind.“

Nach dem Vorbild anderer Städte wie Lübeck (Possehl- und Drägerstiftung) oder Gütersloh (Bertelsmann) möchte er um private Spenden für Dinge werben, die sich die Stadt Kiel sonst nicht leisten könnte. Gansel erinnert an Beispiele der Vergangenheit: etwa an die Stühle im Schauspielhaus oder den Fußboden der neuen Stadtgalerie – beides durch Bürgerspenden finanziert. Von der Spendierfreudigkeit der Wirtschaft und der Bürger Kiels

zeugen auch die Krusenköpfe (aus dem Nachlass des Bauern Heinrich Wilhelm Kruse, 1810-1896), ein Relief im Rathaus (aus dem Vermächtnis von Andreas Gayk), die Heindahlinger-Sporthalle in Gaarden oder das Carillon im Klosterkirchhof.

Wenn Gansel auch ein „Defizit an Stolz und Selbstbewusstsein in dieser Stadt“ erkannt hat – als reine „Sponsorensuche“ möchte er seine Initiative nicht verstanden wissen. Das

neue Stiftungsrecht eröffnet nach seiner Einschätzung „ganz neue Möglichkeiten“. Das Stiftungskapital müsse danach nicht grundsätzlich gewinnbringend angelegt werden; es könnten auch Mittel direkt in Projekte fließen. Gleichwohl sollten Spenden ohne ausdrückliche Zweckbestimmung des Spenders weiterhin angespart werden. Dabei sollte die Landeshauptstadt nicht Träger der Stiftung sein; sie könnte aber die Geschäftsführung kostenlos übernehmen.

An oberster Stelle steht für den OB die Mitbestimmung der Gönner. „Es genügt nicht, die Leute in ein Kuratorium zu setzen.“ Wie ernst es ihm damit ist, tat er ebenfalls in seiner Rede beim Kieler-Woche-Empfang kund: „Warum können wir nicht Fremde schützen, politisch Verfolgte? Vielleicht besser durch ein Stipendium als durch ein Asylverfahren.“

Mit dieser Passage hat er sich schon die erste Kritik an seinem Vorstoß eingehandelt. Während die Ratsfraktionen fast einheitlich die Idee der Bürgerstiftung grundsätzlich unterstützten, kam zu dem letzten Punkt heftiger Widerspruch von den Grünen: „Der notwendige staatliche Schutz für verfolgte Menschen kann nicht durch privates Engagement ersetzt werden“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Lutz Oschmann. (rb)